Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Hoben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 21. | Dresden, Freitag den 25. Januar 1918. | 29. Jahrg.

Hertlings und Czernins Antwort an Wilson.

Gründliche Erörterung im Hauptausschuß. — Eindringliche Kritik Scheidemanns.

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

* Nach mehrfachen Verzögerungen hat nunmehr der Hauptausschuß des Reichstags die neue Erörterung über die Friedensmöglichkeiten aufgenommen. Die Erörterung wurde eingeleitet durch eine größere Rede des Reichskanzlers, in der die wichtigsten Probleme der jetzigen Situation behandelt und die Antwort auf die Rede Wilsons vom 6. Januar erteilt wurde.

Graf v. Hertling besprach zunächst die Verhandlungen mit Rußland. Er glaubte die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß es trotz großen Schwierigkeiten demnächst zu einem guten Abschluß mit Rußland kommen werde. Die Verhandlungen mit der Ukraine seien besonders günstig verlaufen. Am Freitag wird der Staatssekretär v. Kühlmann noch Näheres über diese Dinge zum Vortrag bringen.

Weitere Ausführungen richtete Graf Hertling an die Adresse des Herrn Lloyd George. Dieser habe seinen Ton gemäßigt, aber seine Kriegsziele zeigten noch immer keinen ernstlichen Friedenswillen. Der wiederholten Behauptung des englischen Ministerpräsidenten von der Schuld Deutschlands am Weltkriege setzte Hertling eine Darlegung der Verhältnisse entgegen, in denen sich Deutschland in den letzten Jahrzehnten und gegenüber der englischen Einkreisungspolitik befand. Dann wendete sich der Redner zu seiner Hauptaufgabe und beantwortete die 14 von Wilson aufgestellten, für eine allgemeine Friedensverhandlung in Betracht kommenden Punkte. Die vier ersten Forderungen Wilsons fänden die Zustimmung des Reichskanzlers. Es sind dies die Punkte: Keine Geheimvereinbarungen, Freiheit der Meere, kein Wirtschaftskrieg, Diskussion über die Abrüstung. In diesen Fragen, meinte Hertling, könne es möglich sein, zur Verständigung zu gelangen. Weiter erklärte Hertling die von Wilson vorgeschlagene unparteiische Schlichtung der kolonialen Streitigkeiten für praktisch schwer durchführbar, und er stellte die Gegenfrage, wie sich England hinsichtlich seines Kolonialbesitzes zu diesem Vorschlag Wilsons stellen werde. Bezüglich der Räumung der russischen Gebiete lehnte der Reichskanzler die Einmischung der Weststaaten ab, da die Mittelmächte auf Grund der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem guten Verhältnis mit den östlichen Randvölkern sowie auch mit Rußland zu kommen hofften. Zur Frage Belgien berief sich Hertling auf das Wort Bethmanns, daß wir an eine gewaltsame Angliederung dieses Landes niemals gedacht haben. Wie aber im einzelnen die belgische Frage geordnet werden könne, darüber will er auch jetzt nicht sprechen, so lange nicht, als von der Gegenseite nicht die volle Integrität Deutschlands zugestanden werde. Auch die besetzten Gebiete Frankreichs wurden von neuem als „Pfand in unserer Hand" bezeichnet. Elsaß-Lothringen wurde abermals als eine Angelegenheit, über die eine Diskussion nicht möglich ist, bezeichnet. Für die Regelung der Fragen, die in erster Linie unsere Verbündeten angehen, soll diesen der Vortritt in der Abgabe von näheren Erklärungen gelassen werden. Schließlich wurde der Gedanke eines Verbandes der Völker sympathisch begrüßt, aber die Durchführung dieser Forderung erst hinter die befriedigende Regelung aller anderen Kriegszielfragen geschoben.

Graf Hertling kam zu dem zusammenfassenden Urteil, daß er einen wirklich ehrlichen Friedenswillen bei den Ententegegnern noch nicht finden könne. Diese Mächte sollten sich von der Täuschung losmachen, als könnten sie zu uns wie Sieger zu Besiegten sprechen. Er forderte die Gegner auf, ihr Programm nochmals zu revidieren.

In der folgenden Debatte sprach Abgeordneter Trimborn das volle Einverständnis der Zentrumsfraktion zu den Erklärungen Hertlings aus. Auch Abgeordneter Fischbeck verhielt sich für die Fortschrittliche Volkspartei im wesentlichen zustimmend. Dagegen sah sich der sozialdemokratische Vertreter Scheidemann genötigt, eine stark kritische Note anzuschlagen.

Scheidemann begann mit einer lebhaften Schilderung der ungeheuerlichen Treibereien der „Vaterlandspartei". Er zeigte, wohin die Eroberungspolitik dieser Richtung zielt. Sie will unbedingt die neue blutige Offensive im Westen, um dann ihre Kriegsziele zu verwirklichen. Die Hoffnungen und Versprechungen dieser Richtung hätten aber bisher so oft getrogen und es bleibe auch jetzt eine verhängnisvolle Illusion, um den Preis weiterer unendlicher Menschenopfer den „vollen Endsieg" zu erwarten. Leider aber bleibe auch die Reichsleitung von den alldeutschen Plänen nicht unbeeinflußt und versuche es mit der Kunst des Lavierens, während es gelte, einen einheitlichen klaren Kurs zu halten. Scheidemann übte eine scharfe Kritik an dem Verhalten der deutschen Vertretung in Brest-Litowsk. Die deutsche Erklärung vom 27. Dezember, indem sie die Lostrennung der russischen Randvölker schon als gegebene Tatsache ausgab, habe nach außen und innen überaus schlimm gewirkt und unserer Politik den Ruf der Zweideutigkeit eingetragen. Wie sei es denn möglich, fragte der Redner, daß sogar Herr v. Tirpitz in einem Rundschreiben an seine Vaterlandsgruppen behaupten konnte, daß diese sich nicht zu sorgen brauchten, denn er sei mit dem Reichskanzler einig? Die Regierung solle sich lossagen von diesen Einflüssen. Scheidemann sieht die Situation recht pessimistisch an; die Verhandlungen mit Rußland seien verfahren und doch wäre es möglich gewesen, den Frieden mit Rußland bereits zum Abschluß zu bringen.

Auch zur Antwort Hertlings auf die Wilsonnote konnte sich Scheidemann nicht für befriedigt erklären. Er berief sich auf den Grafen Czernin, der die Wilsonnote als ein geeignetes Verhandlungsprogramm ansieht. Scheidemann legte dar, daß elf Punkte der Wilsonnote so formuliert seien, daß eine Verhandlungs- und Verständigungsmöglichkeit wohl anzuerkennen ist. Es sei daher zu bedauern, daß der Kanzler ein Eintreten in Verhandlungen auf Grund der Wilsonnote vollständig ablehnte. Scheidemann hielt eine besondere klare Aeußerung über Belgien für nötig; denn wenn diese Frage im Sinne der vollen Wiederherstellung geklärt wird, dann seien alle sonstigen Differenzen leichter zu regeln. Unser Redner verwies auf den Ernst der Stimmung in unserem Volke, auf die Ernährungsschwierigkeiten, auf die Reaktion in Preußen, und er schloß mit der Erklärung, daß die deutsche Sozialdemokratie für die Verteidigung und Sicherung unseres Landes alles zu tun bereit ist, aber einer Regierung entgegentreten muß, wenn diese ihre Pflicht dem Volke gegenüber nicht erfüllt.

Die Ausführungen unseres Redners werden die Reichsleitung darüber belehren, wie sehr die Vorgänge der letzten Zeit in den Arbeiterkreisen Deutschlands Verstimmung erregt haben. Es läßt sich nicht verkennen, daß damit zugleich eine nicht geringe Abweichung zwischen der Sozialdemokratie und den anderen Mehrheitsparteien, besonders dem Zentrum, in der Beurteilung der politischen Entwicklung und dessen, was jetzt geschehen soll, hervortritt. Die an der Politik des Reichskanzlers geübte Kritik hat nicht die Bedeutung einer Absage, aber es ist eine überaus eindringliche Mahnung und Warnung.

Erst die Fortsetzung der Debatte wird zu einer weiteren Klärung führen.

* * *

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

(W. T.-B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 25. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Poelcapelle und der Lys, bei Lens und beiderseits der Scarpe lebte die Gefechtstätigkeit am Nachmittag auf. An verschiedenen Stellen der Front Erkundungsgefechte.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Czernins Aufforderung an Amerika.

Etwa um dieselbe Zeit, da der Reichskanzler im Berliner Parlament auf Lloyd George und Wilson antwortete, äußerte sich in Wien in der österreichischen Delegation Graf Czernin über die Friedensmöglichkeiten. Der österreichische Minister des Aeußern sieht die Lage im Osten als sehr günstig an, obwohl er die Schwierigkeiten der Verhandlungen betonte, die vergrößert werden durch die innere Zerrissenheit Rußlands. Als eine der Hauptschwierigkeiten hob er die Meinungsdifferenz zwischen Deutschland und der Petersburger Regierung über die Interpretation des Selbstbestimmungsrechtes der russischen Völker hervor und verlangte nach einem Mittelweg, denn die Differenzen in dieser Frage seien nicht groß genug, um ein Scheitern der Verhandlungen zu rechtfertigen. Man darf also annehmen, daß auch Czernin mit der von Kühlmann in Brest-Litowsk eingenommenen Haltung nicht einverstanden ist und dies in sehr milder Form zum Ausdruck gebracht hat.

Wichtig ist auch, was er sagte über die mit der Ukraine gepflogenen Verhandlungen, die ja Oesterreich in erster Linie mit angehen. Darnach erhofft der Vierbund durch den Frieden mit der Ukraine eine wesentliche Erleichterung in der Nahrungsfrage; da der Krieg an der ukrainischen Front auch nach Czernins Schätzung zu Ende ist und die Einigung auf „annexionsloser Basis" erfolgt sei, so dürfte Czernins optimistischer Gedankengang im wesentlichen wohl richtig sein. Als Hauptgesichtspunkt des Vierbundes in der Frage des Gesamtfriedens betonte Graf Czernin, daß an dem vorkriegerischen Besitzstand des Vierbundes nicht gerüttelt werden dürfe, und daß, sofern Wilsons Ziele damit in Einklang stünden, ein Gedankenaustausch zwischen Amerika und Oesterreich-Ungarn zum Ausgangspunkt für eine versöhnliche Aussprache zwischen den Staaten werden könne.

Hertlings und Czernins Reden ergänzen einander und müssen als eine zusammengehörige einheitliche Kundgebung der Mittelmächte betrachtet werden. Dazu wäre zusammenfassend zu sagen, daß die beiden Reden für die Sozialdemokratie in Oesterreich wie in Deutschland annehmbar sind in dem, was sie sagen, anfechtbar dagegen in dem, was sie nicht sagen und worüber sie sich ausschweigen. Die Friedensdiskussion der Staatsmänner der kriegführenden Völker ist jetzt in ein Stadium gelangt, in dem die Haltung des Gegners in Einzelfragen abgetastet wird. Ob Wilson und Lloyd George den Frieden aus eigenstem, innerstem Antriebe suchen oder ob sie auf diesen Weg der milderen Reden durch die Kriegsmüdigkeit der von ihnen vertretenen Völker getrieben werden, ist nicht mit Bestimmtheit ersichtlich. **In jedem Falle aber kommt es jetzt darauf an, den gegnerischen Staatsmännern die Argumente zu nehmen, mit denen sie bisher ihren Völkern die Verlängerung dieses Krieges plausibel gemacht haben.** Zu diesen Argumenten gehörte bis heute in Paris, London und Washington der ständige Hinweis auf die Vergewaltigungsabsichten der Mittelmächte.

Da geht es denn nicht mehr an, allgemeine schöne Redewendungen von Versöhnungswillen und Verständigungsbereitschaft vom Stapel zu lassen, sondern dieser Verständigungswille muß auch in den streitigen Fragen deutlich sichtbar werden. Da geht es denn nicht mehr an, flüchtig über die belgische Frage hinwegzugleiten. Wenn Hertling sagt, Deutschland habe nie eine gewaltsame Angliederung Belgiens an Deutschland beabsichtigt, dann gut. Aber dann liegt erst recht kein Grund vor, die übrigen Punkte der belgischen Frage zu übergehen. Ebenso führt die Friedensdiskussion nicht vorwärts, wenn etwa England und Amerika erklären, Elsaß-Lothringen sei eine französische Angelegenheit, oder wenn Deutschland die Regelung der Belgienfragen den [illegible] genossen überlassen will. Solange [illegible] mit seinem Blute für die Kriegsziele eines Kriegsgenossen einzutreten hat, können diese Kriegsziele nur eine Angelegenheit dieses Bundesgenossen allein sein.

Wir sind offenbar in ein Stadium der Vorverhandlungen getreten, wo allgemeine Redensarten nur noch kriegsverlängernd wirken können. Da ist die Zeit der denkbaren Formeln vorbei und endlich volle Klarheit nötig.

* * *

Mehr Klarheit in Einzelfragen.

Der Vorwärts schreibt:

Die Rede des Reichskanzlers hätte geradezu eine befreiende Tat werden können, wenn sie klar zum Ausdruck gebracht hätte, daß sich hinter den deutschen Friedensvorschlägen keine noch egoistischen Hintergedanken verbergen. Das aber hat sie nicht getan: sie war leider in einigen ihrer Teile dazu geeignet, das Mißtrauen der Gegner in die Aufrichtigkeit der deutschen Erklärungen zu verschärfen. Das gilt ganz besonders für die Partien, die von Polen und Belgien handeln.

Daß die Regelung der polnischen Verhältnisse eine Angelegenheit sei, die nur Deutschland, Oesterreich und Polen etwas angeht, das ist eher der Standpunkt eines Machtfriedens, als eines Verständigungsfriedens.

Noch bedenklicher ist die Stellung des Reichskanzlers zum belgischen Problem. Er hat hier einen Weg betreten, auf dem er sich auch nicht einmal mit den radikalsten englischen Friedensfreunden begegnen kann. Auch die radikalsten englischen Friedensfreunde betrachten die Wiederherstellung Belgiens als eine Angelegenheit, die von keinen Bedingungen abhängig gemacht werden darf. Begreiflich ist, wenn man sich auf deutscher Seite auf den Standpunkt stellt, zugleich mit der Wiederherstellung Belgiens habe auch die Wiederherstellung des Deutschen Reiches einschließlich seiner Kolonien zu erfolgen. Aber die Rede des Reichskanzlers schafft keine Klarheit in dem Sinne, daß Deutschland zur Wiederherstellung der belgischen Selbständigkeit in ihrem vollen Umfange bereit sei, sobald es für die Zukunft seines Kolonialbesitzes Sicherheiten erhalten habe.

Was die Rede des Reichskanzlers in einigen ihrer Partien zu ihrem Nachteil auszeichnet, das ist das Bestreben, [illegible] Formeln zu finden. Für einen halbwegs geschickten Journalisten ist es eine Kleinigkeit, die Rede des Reichskanzlers als ein Bekenntnis an den Annexionismus oder auch, ganz nach Belieben, als extreme friedensfreundliche Kundgebung zu deuten. In dieser Beziehung ist die Rede geradezu ein Meisterwerk; aber von solchen Meisterwerken haben wir genug, und wir möchten endlich reinen Wein eingeschenkt haben.

Im Ausland werden natürlich die Pazifisten aus dieser Rede herauszubalcen versuchen, was möglich ist. Die Kriegshetzer werden sich hingegen mit vielen Scharfsinn um den Nachweis bemühen, daß Deutschland auf seinem alten militaristischen und annexionistischen Standpunkt stehen bleibe. Und doch wäre es die Aufgabe einer großen Staatskunst gewesen, den Kriegstreibern hüben und drüben das Handwerk zu legen, den Friedensfreunden auf beiden Seiten die Arbeit zu erleichtern.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180125/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG